

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Barbarossastadt Gelnhausen
am Dienstag, dem 3. Juli 2007, um 19:30 Uhr in der Stadthalle Gelnhausen,
in der am 01. April 2006 begonnenen Legislaturperiode.

- Stadtverordnete:
- Hans Adrian
 - Thilo Allwardt (ab ca. 19:55 Uhr)
 - Renate Baumann
 - Christopher Boll
 - Gerhard Brune
 - Jürgen Degenhardt
 - Bodo Delhey
 - Ewald Desch
 - Claudia Dorn (ab ca. 19:45 Uhr)
 - Walter Dreßbach
 - Günter Engel, Stadtverordnetenvorsteher
 - Daniel Glöckner, stlv. Stadtverordnetenvorsteher (bis ca. 22:10 Uhr)
 - Elfriede Günther
 - Richard Helwig
 - Jürgen Herms
 - Heinz Klauser
 - Jörg Lehnert
 - Christian Letmathe
 - David Lupton
 - Hagen Mootz
 - Walter Nix
 - Norman Peetz
 - Gabriele Petrasch
 - Brigitte Piechotta
 - Rüdiger Rein
 - Rotraud Schäfer
 - Walter Schindler
 - Sylvia Schmidt-Hermann
 - Herbert Vetter
 - Doris-Maria Viel, stlv. Stadtverordnetenvorsteherin
 - Claudia Voigt
 - Sigrun Weigand
 - Steffen Wirth
 - Tom Zeller
- Entschuldigt:
- Peter Hähndel
 - Volker Rode
 - (Nachrücker)
- Magistrat:
- Bürgermeister Thorsten Stolz
 - Michael Frischkorn
 - Wolfgang Herbert
 - Pia Horst
 - Josef Johann
 - Rolf Kunert
 - Günther Rams
 - Frank Rempel
 - Margot Schäfer
 - Hans-Dietrich Ullrich
- Entschuldigt:
- Jürgen Eberhardt
 - Karl Franz
 - Bernd Krempel
 - Ludwig Sinsel
- Schriftführerin:
- Dagmar Petersein

Stadtverordnetenvorsteher Engel eröffnet um 19:40 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest.

Zu dem Protokoll vom Dienstag, dem 08.05.2007 liegen keine Einwendungen vor. Es gilt deshalb als genehmigt

Stadtverordnetenvorsteher Engel beglückwünscht Frau Rotraud Schäfer im Namen der Stadtverordnetenversammlung zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes.

Außerdem weist er nochmals ausdrücklich auf die Einhaltung der Sitzungsordnung hin und bittet darum, dass sich alle daran halten.

Tagesordnung

1. Bericht des Magistrates

Bürgermeister Stolz legt den Bericht aus dem Magistrat vor und berichtet über weitere Themen.

Teil I

2. Bau- und Grundstücksangelegenheiten

2.1 Verkauf des städtischen Baugrundstückes Gemarkung Gelnhausen, Flur 4, Flst. 1474/2, 559 m²

(Stadtverordnete Dorn ist jetzt anwesend.)

Stadtverordnete Weigand berichtet aus dem Bauausschuss. Es folgt eine Wortmeldung von Stvo Degenhardt.

Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:

- einstimmig -

Beschluss:

Das voll erschlossene städt. Baugrundstück, Gem. Gelnhausen, Flur 4, Flst. 1474/2 (Lindenstraße) = 559 m², wird an Herrn Albrecht Sieper, Am Schloßchen 19, 63571 Gelnhausen, zum Preis von 321,10 €/m² verkauft.

2.2 TDZ – Panzerabstellplatz, Gemarkung Gelnhausen-Roth, Flur 10, Flst. 13/3 (Teilfläche), Flst. 4/17 (Teilfläche) Grundstücksankauf Müller Immob. GmbH & Co.KG (alt: Spedition Richard Müller GmbH & Co.KG); hier: Käuferänderung (Tischvorlage)

Stadtverordnete Weigand berichtet aus dem Bauausschuss.

Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:

- einstimmig, bei zwei Stimmenthaltungen -

Beschluss:

Der Beschluss vom 27.02.2007 wird dahingehend geändert, dass der Verkauf zu unveränderten Konditionen nicht an die Spedition Richard Müller GmbH & Co. KG (Betreibergesellschaft), sondern an die Firma Müller Immobilien GmbH & Co. KG (Grundstücksgesellschaft) erfolgt.

Teil II**3. Bauleitplanung****3.1 Einbeziehungssatzung „Hinter der Kapelle“
vormals 2. Änderung B-Plan „Hinter der Kapelle“**

Stadtverordnete Weigand berichtet aus dem Bauausschuss.

Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:

- einstimmig -

Beschluss:

Im Rahmen der o. g. Bauleitplanung wird die bisher begonnene 2. Änderung des B-Planes „Hinter der Kapelle“ in ein Verfahren nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB (Einbeziehungssatzung) umgewandelt.

In diesem Zusammenhang wird erneut die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB angeordnet.

**3.2 B-Plan „Alter Graben“, 2. Teiländerung
hier: erneuter Abwägungs- und Satzungsbeschluss**

Stadtverordnete Weigand berichtet aus dem Bauausschuss.

Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:

- einstimmig -

Beschluss:

Der Entwurf zum o. g. Bauleitplanverfahren wird nach den Vorschriften der §§ 5 und 51 Nr. 6 der Hess. Gemeindeordnung und aufgrund des § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Die Satzung besteht aus Planzeichnung nebst textlicher Festsetzung und Begründung.

Der B-Plan trägt die Bezeichnung „Alter Graben“, 2. Teiländerung.

Der räumliche Geltungsbereich des B-Planes wird wie folgt begrenzt:

Gemarkung Gelnhausen Flur 4, Flst. 1495, 1474 und 1456/3. Planungsziel ist die Festsetzung der baulichen Nutzung für eine geordnete städtebauliche Entwicklung in dem Plangebiet.

Die Stellungnahmen (Abwägungen) zu den Anregungen und Bedenken der Träger öffentlicher Belange sowie der beteiligten Bürger werden gemäß den Anlagen beschlossen.

Die Verwaltung der Stadt Gelnhausen wird beauftragt, den o. g. Bebauungsplan nach den Vorschriften des Baugesetzbuches (§ 10 Abs. 3) in Kraft zu setzen.

Die Verwaltung wird ferner beauftragt, das Ergebnis aus der Prüfung der Anregungen und Bedenken den entsprechenden Stellen mitzuteilen.

**4. Stellungnahme der Stadt Gelnhausen zum Entwurf des Regionalplans
Südhessen (Tischvorlage)**

Stadtverordnete Weigand berichtet aus dem Bauausschuss. Es folgt eine Wortmeldung von Stvo Degenhardt.

Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:

- einstimmig -

Beschluss:

Dem Vorschlag des Ausschusses für Bauwesen, Stadtplanung, Altstadtsanierung und Denkmalpflege zusammen mit dem Magistrat, den Regionalplan Südhessen zur Beratung und endgültigen Beschlussfassung in den Ausschuss für Bauwesen, Stadtplanung, Altstadtsanierung und Denkmalpflege und den Wirtschafts- und Verkehrsausschuss zu verweisen, wird zugestimmt.

(Stadtverordneter Allwardt ist jetzt anwesend.)

5. Abweichungssatzung für die Straße „Zum Sonnenberg“, Stadtteil Hailer

Stadtverordnete Weigand berichtet aus dem Bauausschuss. Es folgen Wortmeldungen von Stvo Degenhardt, Stadtrat Ullrich, Stvo Delhey und Degenhardt.

Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:

- einstimmig -

Beschluss:

Aufgrund des §13 Abs.3 der Erschließungsbeitragssatzung der Stadt Gelnhausen vom 18.12.1991 wird folgende Abweichungssatzung für die Straße „Zum Sonnenberg“ im Stadtteil Hailer (Gewerbegebiet Hailer Ost I) beschlossen:

Abweichend von §13 Abs.1 der Erschließungsbeitragssatzung vom 18.12.1991 wird die Straße „Zum Sonnenberg“ ab Mitte Grundstück Flur 45, Flst. 147/1 (Autohaus Kunzmann) bis Ende der Ausbaustrecke auf der gegenüberliegenden Straßenseite mit nur einseitig ausgebautem Gehweg als fertig gestellt angesehen.

6. Änderung der Friedhofsordnung der Stadt Gelnhausen;

hier: §§ 18 und 19

7. Friedhofsgebührenordnung der Stadt Gelnhausen;

hier: Erhöhung der Friedhofsgebühren

hierzu liegt ein Änderungsantrag der BG-Fraktion vor

Die beiden Tagesordnungspunkte werden zusammen beraten und getrennt abgestimmt.

Stvo Lehnert berichtet aus dem Haupt- und Finanzausschuss. Es folgen Wortmeldungen der Stvo Desch, Vetter, Delhey, Degenhardt, Herms, Degenhardt, Desch und Lehnert.

6. Änderung der Friedhofsordnung der Stadt Gelnhausen;

hier: §§ 18 und 19

Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:

21	Ja-Stimmen
13	Nein-Stimmen
keine	Enthaltungen

Beschluss:

Die Friedhofsordnung der Stadt Gelnhausen wird, gemäß Vorschlag des HFA, wie folgt geändert:

§ 18 Wahlgrabstätten

- (1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbeisetzungen, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von **30 Jahren** verliehen wird. Eine Wahlgrabstätte kann erst im Todesfall erworben werden. Auf die Verleihung des Nutzungsrechts an einem Wahlgrab besteht kein Rechtsanspruch. Für Tiefengräber gelten die gleichen Vorschriften wie bei Wahlgrabstätten. Bei Tiefengräber erfolgen zwei Bestattungen übereinander.

§ 19 Urnenwahlgrabstätten

- (2) Urnenwahlgrabstätten sind Urnenstätten, die erst im Todesfall erworben werden können und an denen, auf Antrag, ein Nutzungsrecht für die Dauer von **30 Jahren** verliehen wird.

7. Friedhofsgebührenordnung der Stadt Gelnhausen; hier: Erhöhung der Friedhofsgebühren

hierzu liegt ein Änderungsantrag der BG-Fraktion vor

Der Änderungsantrag der BG-Fraktion wird **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:

32	Ja-Stimmen
keine	Nein-Stimmen
2	Enthaltungen

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag der Vorlage wird um folgenden Satz ergänzt:

Der Magistrat wird beauftragt, die Kosten für die Friedhöfe jährlich zu kontrollieren und dem Haupt- und Finanzausschuss das Ergebnis sowie Vorschläge zu Kosteneinsparungen vorzulegen.

Die Abstimmung über die Verwaltungsvorlage ergibt folgendes Ergebnis:

19	Ja-Stimmen
15	Nein-Stimmen
keine	Enthaltungen

Beschluss:

Auf der Grundlage der Empfehlung des HFA vom 20.06.2007, wird die Friedhofsgebührenordnung, gemäß beiliegendem Entwurf (85 %ige Kostendeckung sowie max. Belegungszeit von 30 Jahren) beschlossen.

8. Bildung einer Kommission gemäß § 72 HGO zur Ansiedlung einer Berufsakademie in Gelnhausen

Die Vorlage wird unterteilt in die Unterpunkte a) „Stadtverordnete“ und b) „sachkundige Einwohner“

Stvo Glöckner erläutert die Vorlage. Es folgen Wortmeldungen der Stvo Desch (stellt einen Ergänzungsantrag zum Text: „der jeweils direkt gewählte Landtagsabgeordnete“), Degenhardt (stellt einen Ergänzungsantrag zum Text: bei den benannten sachkundigen Einwohnern geht es nicht um spezielle Personen, sondern um deren Funktion), Vetter (stellt einen Änderungsantrag: zusätzlicher Vertreter aus dem Bereich „Gewerkschaft“), Dr. Lupton, Desch, Bürgermeister Stolz und Degenhardt.

Die Abstimmung über Teil a) der Verwaltungsvorlage ergibt folgendes Ergebnis:
- einstimmig –

Der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke wird **abgelehnt** bei folgender Stimmverteilung:

3	Ja-Stimmen
27	Nein-Stimmen
4	Enthaltungen

Die Abstimmung über Teil b) der Verwaltungsvorlage ergibt folgendes Ergebnis:
- einstimmig –

Beschluss:

a) und b)

Die Stadtverordnetenversammlung benennt für die Kommission fünf Stadtverordnete (je einer aus jeder Fraktion) und als sachkundige Einwohner:

Dr. Rolf Müller, Landtagsabgeordneter
Uwe Hehl, Ausbildungsleiter Firma Veritas
Siegfried Czakay, Firma CTC
Gustav Honzen, Berufliche Schulen Gelnhausen
Jürgen Hammerich, Berufliche Schulen Gelnhausen
Susanne Uibel, Wirtschaftsförderung Main-Kinzig-Kreis
Dr. Wilfried Giesler, Ausbildungswesen Industriepark Wolfgang

Die o.g. Personen sind für die Kommission benannt, solange sie ihr jeweiliges Amt innehaben (bei den benannten sachkundigen Einwohnern geht es nicht um spezielle Personen, sondern um deren Funktion).

**9. Fußgängerschutzanlage Ysenburgschule Hailer (K862);
hier: Bereitstellen von Haushaltsmitteln für die Umrüstung der FSA im
Rahmen der Schulwegsicherung**

Stvo Lehnert berichtet aus dem Haupt- und Finanzausschuss. Es folgen Wortmeldungen der Stvo Degenhardt (stellt einen Ergänzungsantrag) und Engel (weist ausdrücklich auf Zurechnung der Mittel für den Stadtteil Hailer aus Erstattungen hin).

Die Abstimmung über die Verwaltungsvorlage ergibt folgendes Ergebnis:
- einstimmig -

Der Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion wird **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:
- einstimmig -

Beschluss:

Die kurzfristige Bereitstellung von 10.000 Euro für die Umgestaltung der Fußgängerschutzanlage (FSA) im Bereich der Ysenburgschule Hailer (Hindenburgallee)

- mit LED Signalgebern
- und einem Ausleger

sowie das Aufbrennen von zwei Verkehrszeichen 136 „Achtung Kinder“ auf die Fahrbahn im Rahmen der Schulwegsicherung wird beschlossen.

Es dient zur Kenntnis:

- dass die Stadt zuständig ist für die Schulwegsicherung,

- dass die Finanzierung dieser Maßnahme aus den von der Stadtverordnetenversammlung bereitgestellten Mitteln von mindestens 300.000 Euro für den Stadtteil Hailer aus der Entschädigungssumme „Verkauf Deponie Hailer“ erfolgt,
- dass der Magistrat mit dem Main-Kinzig-Kreis als Straßenbaulastträger hinsichtlich einer Kostenteilung verhandelt. Erstattungen werden den Mitteln für den Stadtteil Hailer wieder zugerechnet,
- dass die Arbeiten bis zum Ende der Sommerferien und somit zu Beginn des neuen Schuljahres abgeschlossen sein sollen.

Der Magistrat soll in einem halben Jahr über den Erfolg oder evtl. notwendige weitere Maßnahmen berichten.

Teil III

10. Antrag der CDU-Fraktion

Beirat für kommunale Kriminalitätsprävention

hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktionen SPD, BG und FDP vor

Stvo Viel begründet den Antrag. Es folgen Wortmeldungen der Stvo Nix und Herms.

Der Antrag der CDU-Fraktion wird zusammen mit dem Änderungsantrag der Fraktionen SPD, BG und FDP **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:

- einstimmig -

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, einen „Beirat für kommunale Prävention“ zu bilden. Schwerpunkte der Tätigkeit werden im Beirat erarbeitet.

11. Antrag der SPD-Fraktion

Rauchfreie Kinderspielplätze

hierzu liegt ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion vor

Stvo Nix begründet den Antrag. Es folgen Wortmeldungen der Stvo Schmidt-Hermann, Degenhardt, Klauser, Nix, Bürgermeister Stolz (um für eine zügige Umsetzung zu sorgen, sollten Mittel gleich mit beschlossen werden = überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 2.500 Euro), Engel und Desch.

Der Antrag der SPD-Fraktion wird zusammen mit dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Mittelbereitstellung **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:

- einstimmig -

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, alle städtischen Kinderspielplätze zeitnah als rauch- und alkoholfreie Zonen auszuweisen. Verständliche Hinweise sind an den Eingangsbereichen der Kinderspielplätze anzubringen. Die Regelung ist im amtlichen Mitteilungsblatt zu veröffentlichen. Die Einhaltung dieser Regelung ist zu gewährleisten. Die Mittel in Höhe von ca. 2.500 Euro werden als überplanmäßige Ausgaben bereitgestellt.

12. Antrag der CDU-Fraktion

Bildung eines Kinder- und Jugendparlaments

hierzu liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor

Stvo Viel begründet den Antrag. Es folgen Wortmeldungen der Stvo Schäfer (begründet Änderungsantrag), Herms, Voigt, Desch, Glöckner, Bürgermeister Stolz, Degenhardt und Vetter.

Der Antrag der CDU-Fraktion wird zusammen mit der Änderung der SPD-Fraktion **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:

- einstimmig -

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit dem Ausschuss für Jugend, Senioren, Soziales, Sport und Ehrenamt die Bildung eines „Kinder- und Jugendparlaments“ (KiJuPa) zu initiieren.

Die Stadtverordnetenversammlung hat aus ihren Reihen heraus einen Koordinator oder eine Koordinatorin zu wählen, der oder die die Bildung des Kinder- und Jugendparlaments überwacht und begleitet.

(Stadtverordneter Glöckner verlässt die Sitzung.)

13. Anträge der Fraktion Die Linke

1. Energiesparlampen für städtische Gebäude

hierzu liegt ein Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vor

Stvo Vetter begründet den Antrag. Es folgen Wortmeldungen der Stvo Herms, Günther (begründet Ergänzungsantrag), Baumann, Desch und Degenhardt.

Der Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion wird **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:

- einstimmig -

Der Antrag der Fraktion Die Linke wird **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:

- einstimmig -

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, den Energieverbrauch aller Energiearten in den städtischen Liegenschaften zu ermitteln und Optimierungs-/Einsparpotentiale aufzuzeigen. Bericht hierüber ist bis Ende 2007 vorzulegen.

Der Magistrat wird beauftragt, innerhalb der nächsten drei Jahre die städtischen Gebäude und Einrichtungen sinnvoll mit Energiesparlampen auszustatten.

2. Mindestlohn für städtische Bedienstete und Beschäftigte städtischer Auftragnehmer

Stvo Vetter begründet den Antrag. Es folgen Wortmeldungen der Stvo Herms (stellt einen Änderungsantrag), Bürgermeister Stolz, Nix, Desch (Ergänzungen), Degenhardt und Vetter.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird zusammen mit den Ergänzungen der SPD-Fraktion **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:

31	Ja-Stimmen
2	Nein-Stimmen
keine	Enthaltungen

Beschluss:

Bei Abschluss von Dienstleistungs- und Werkverträgen ist vergaberechtskonform darauf zu achten, dass nur Unternehmen berücksichtigt werden, die sich zur Tariftreue verpflichten. Es gibt Ausnahmen: die Beschäftigung von z.B. Aqua-Mitarbeitern ist davon nicht betroffen. Kontrollen sollen nur bei begründeten Verdachtsmomenten des Regelverstößes durchgeführt werden.

Der Antrag der Fraktion Die Linke wird **abgelehnt** bei folgender Stimmeverteilung:

3	Ja-Stimmen
27	Nein-Stimmen
3	Enthaltungen

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte werden in die nächste Sitzung vertagt:

13. Anträge der Fraktion Die Linke
3. Erhaltung der Park & Ride Plätze bei Südstadtplanung
 4. Kostenplanung Umbau Südstadt
 5. Gestaltung des Bahnhofumfeldes

Ende der Sitzung: ca. 22:40 Uhr

Gelnhausen, 13. Juli 2007

Günter Engel
Stadtverordnetenvorsteher

Dagmar Petersein
Schriftführerin